



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 9. bis 12. Mai 2011

Schengen: EU-Abgeordnete reagieren auf geplante Grenzkontrollen 4

Pläne zur Schaffung eines Mechanismus, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen würde, vorübergehend wieder Kontrollen an den Binnengrenzen im Schengen-Raum einführen, wenn ein Mitgliedstaat seine Pflicht der Überwachung der EU-Außengrenze nicht erfüllt oder im Falle eines unerwarteten und schweren Einwanderungsdrucks, werden am Dienstag mit dem Rat und Kommissionspräsident Barroso zur Sprache kommen.

Prioritäten des Europäischen Auswärtigen Dienstes auf dem Prüfstand des Parlaments 5

Sechs Monate nachdem der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seine Arbeit aufgenommen hat, werden die Abgeordneten erstmals eine allgemeine Debatte über die vorrangigen Ziele der derzeitigen EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit der Hohen Vertreterin Catherine Ashton führen.

EU-Haushaltsentlastung für 2009 - Polizeiakademie, Arzneimittelagentur und Ministerrat ausgenommen 6

Das Parlament wird vermutlich den Empfehlungen des Haushaltskontrollausschusses Folge leisten und die Entlastung des überwiegenden Teils der Haushaltsausgaben von 2009 vornehmen. Am Dienstag liegen dem Plenum 39 Berichte im Rahmen des so genannten „Entlastungsverfahrens“ zur Abstimmung vor. Einzig die Entlastung des Ministerrats, des Europäischen Polizei-Kollegs und der Europäischen Arzneimittelagentur könnten ausgestellt werden.

Parlament stimmt über Register für Lobbyisten und andere Interessenvertreter ab 8

Die Register von Parlament und Kommission für Lobbyisten und andere Interessengruppen werden zusammengelegt, sollten die Abgeordneten am Mittwoch der Einigung zustimmen, die beide Institutionen erzielt haben. Ebenfalls zur Abstimmung steht der Vorschlag, einen sog. "legislativen Fußabdruck" einzuführen, das heißt, die Kontakte von Abgeordneten mit Lobbyisten im Anhang ihrer legislativen Berichte aufzulisten. Zudem wird der Ministerrat aufgefordert, an dem Register teilzunehmen.

Funkfrequenzen: weitere Frequenzen für neue mobile Internetdienste 9

Zwei der wichtigsten Ziele des Programms für die Funkfrequenzpolitik sind die komplette Breitbandversorgung in der gesamten EU bis 2013 und ein universeller High-Speed-Internetzugang bis 2020. Die Abgeordneten unterstützen die neuen Regeln darüber, wie die Radiofrequenzen, die durch den Übergang vom analogen zum digitalen Fernsehen frei werden, dem mobilen Internet zugewiesen werden. Damit würde der Weg für eine 100% Internet-Breitbandanbindung auf dem Gebiet der EU gebnet.

Echtfell und -leder müssen auf dem Etikett ausgezeichnet werden 10

Sollten die EU-Abgeordneten am Donnerstag den neuen Regeln zur Etikettierung von Textilien zustimmen, so werden die Verbraucher künftig davor bewahrt werden, Echtfell oder -leder zu kaufen ohne dies zu wissen.

Neue Gesetzesvorschläge für Klonen und "neuartige Lebensmittel" nötig 11

Die Abgeordneten fordern nachdrücklich neue gesetzliche Regelungen, um die Nutzung geklonter Tiere für die Nahrungsmittelproduktion zu verbieten und um die Gesetzgebung bezüglich "neuartiger Lebensmittel" zu aktualisieren. Grund hierfür ist das



Plenartagung

Scheitern der Verhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat zur Novellierung der Verordnung zu "neuartigen Lebensmitteln" im März.

EP debattiert Hilfe für Portugal und weitere Regulierung des Bankensektors. 12

Die Abgeordneten werden mit Ministerrat und Kommission über die Antwort der EU auf die derzeitige Schuldenkrise diskutieren. Im Mittelpunkt werden voraussichtlich die Finanzhilfe für Portugal sowie die daran geknüpften Bedingungen stehen. Zudem wird erwartet, dass die Abgeordneten die Notwendigkeit einer weiteren Regulierung des Bankensektors, insbesondere im Bereich Krisenmanagement und -lösung, ansprechen.

Mehr Investitionen in Bildung und Mobilität der jungen Menschen gefordert 13

Die Abgeordneten verlangen höhere Mittel für EU-Programme, die Mobilität und Bildung junger Menschen fördern, sowie die EU-weite Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Die Finanzierung von Bildung und Mobilität für junge Menschen ist eine Investition in die Zukunft Europas und keine zusätzliche Belastung der Haushalte, auch in der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Lage, heißt es in einem nicht-legislativen Entschließungsentwurf.

Einfrieren und Offenlegen von Schuldnervermögen in grenzüberschreitenden Fällen 14

Um den grenzübergreifenden Forderungseinzug für Gläubiger zu erleichtern und damit den Handel über Grenzen hinweg in der EU zu fördern, werden die Abgeordneten neue Gesetzesvorschläge von der Kommission fordern, die das Einfrieren und die Offenlegung von Schuldnervermögen ermöglichen.

Risiken einer höheren Antibiotika-Resistenz bei Nutz- und Haustieren. 15

Wie kann verhindert werden, dass es bei Tieren zu einem Anstieg von Antibiotika-Resistenz kommt und damit Behandlungen fehlschlagen? Dieses Thema wird am Mittwochabend mit der Kommission diskutiert. In einem am Donnerstag abzustimmenden Resolutionsentwurf schlagen die Abgeordneten vor, die Forschungsanstrengungen zu steigern und die Auswirkungen von Antibiotika sowohl auf Nutz- als auch Haustiere besser zu überwachen.

25 Jahre nach Tschernobyl steht die nukleare Sicherheit im Brennpunkt. 16

In den vergangenen Wochen hat sich der tragische Unfall von Tschernobyl zum 25. Mal gejäht und es wurde versucht, die Situation in Fukushima zu stabilisieren. Am Mittwoch werden die Abgeordneten der Opfer gedenken und anstehende Maßnahmen zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit besprechen.

Giftmüllexporte der EU stoppen 17

Abgeordnete aus allen Fraktionen wollen wissen, welche Maßnahmen getroffen werden, um die Vorschriften über die Ausfuhr giftiger Abfälle in Entwicklungsländer durchzusetzen und zu verbessern. Große Mengen gefährlicher Abfälle der EU werden illegal in Länder mit laxen Sicherheits- und Verarbeitungsstandards exportiert.

Parlament unterstützt weltweite Maßnahmen zur Bekämpfung illegalen Fischfangs 18

Die EU-Abgeordneten werden am Dienstag über die europäische Ratifizierung eines internationalen Abkommens zur Bekämpfung illegaler, unregistrierter und unangemeldeter Fischerei abstimmen.

Mauretanien-Fischereiabkommen: Nachhaltigkeit und bessere Verwendung von EU-Mitteln. 19

Im Vorfeld der Verhandlungen mit Mauretanien über die Erneuerung des Fischereiabkommens zwischen der EU und Mauretanien heben die Europaparlamentarier die entscheidende Bedeutung von Nachhaltigkeit, finanzieller Unterstützung für die Entwicklung der Infrastruktur in Mauretanien, um die lokale Wirtschaft anzukurbeln und einer besseren Koordinierung der EU-Mittel hervor.

Abstimmung über Immunität der Abgeordneten De Magistris und Gollnisch 20

Die Abgeordneten werden am Dienstag über zwei Anträge auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität abstimmen. Der Rechtsausschuss schlägt vor, die Immunität von Luigi de Magistris (ALDE, Italien), der wegen Verleumdung verklagt wird, zu verteidigen. Im Bezug auf Bruno Gollnisch (NI, Frankreich) empfiehlt der Rechtsausschuss

Plenartagung

die Aufhebung der Immunität. In seinem Fall wurde eine Untersuchung infolge einer Klage wegen angeblicher Aufstachelung zum Rassenhass eingeleitet.

Weitere Punkte auf der Tagesordnung..... 21

Pressedienst (Brüssel) :
Constanze BECKERHOFF

BXL: (+32) 2 28 44302
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: (+32) 498 98 35 50
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009
STR: (+33) 3 881 74151
PORT: (+32) 498 98 13 37
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :
Jens POTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 17 257 196
EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Pressedienst (Wien) :
Georg PFEIFER

STR: (+33) 3 881 74848
PORT: (+43) 699 104 68 901
EMAIL: georg.pfeifer@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/newsletter_all/default/default_de.htm

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Plenartagung

Schengen: EU-Abgeordnete reagieren auf geplante Grenzkontrollen

Pläne zur Schaffung eines Mechanismus, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen würde, vorübergehend wieder Kontrollen an den Binnengrenzen im Schengen-Raum einführen, wenn ein Mitgliedstaat seine Pflicht der Überwachung der EU-Außengrenze nicht erfüllt oder im Falle eines unerwarteten und schweren Einwanderungsdrucks, werden am Dienstag mit dem Rat und Kommissionspräsident Barroso zur Sprache kommen.

Die Abgeordneten werden auch auf die am 4. Mai vorgelegte Mitteilung der Kommission zu Migration reagieren und ihre Prioritäten zur Einwanderungs- und Asylpolitik darlegen.

Die Auswirkungen der Migrationsströme auf das grenzfreie Schengen-Gebiet beunruhigen die Abgeordneten. Die Kommission hat nach dem Italien-Frankreich-Gipfel angekündigt, dass sie einen Mechanismus erwägt, um die Wiedereinführung vorübergehender Kontrollen an den Binnengrenzen unter bestimmten Bedingungen zu ermöglichen. Abgeordnete des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten haben daraufhin betont, dass das Schengensystem nicht geschwächt werden dürfe und dass alle Kontrollen an den Binnengrenzen streng gerechtfertigt werden müssten.

Entscheidungen über Grenzkontrollen: europäisches Konzept notwendig

Die Abgeordneten betonten, dass Entscheidungen über die Einführung von Grenzkontrollen auf EU-Ebene getroffen werden sollten, und nicht auf nationaler Ebene, wie dies heute der Fall ist. Auch die Kommission befürwortet diesen Ansatz.

Debatte: Dienstag, 10. Mai 2011

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung vom 2. Mai 2011 \(EN/FR\)](#)
- [Pressemitteilung vom 4. Mai 2011 \(EN/FR\) - Schengen](#)
- [Kommunikation der Kommission zu Migration \(4. Mai\)](#)

Plenartagung

Prioritäten des Europäischen Auswärtigen Dienstes auf dem Prüfstand des Parlaments

Sechs Monate nachdem der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seine Arbeit aufgenommen hat, werden die Abgeordneten erstmals eine allgemeine Debatte über die vorrangigen Ziele der derzeitigen EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit der Hohen Vertreterin Catherine Ashton führen.

Die Rolle der EU im Hinblick auf den "Arabischen Frühling", insbesondere in Syrien, werden vermutlich ebenso zur Sprache kommen wie die Aussöhnung der rivalisierenden palästinensischen Organisationen Hamas und Fatah und die Situation in Camp Ashraf (Irak).

Die Abgeordneten werden eine Leistungsbilanz der ersten Monate operationeller Arbeit des EAD ziehen. Wie im Vertrag von Lissabon festgehalten, hat das Parlament jährlich zwei Debatten zur Außenpolitik zu führen. Aus gegebenem Anlass hat der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten drei nicht-legislative Entschließungsanträge vorbereitet, in denen die Notwendigkeit einer neuen "Road Map" für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union hervorgehoben wird. Die Debatte sowie die Abstimmung finden am Mittwoch statt.

Ein Appell an die EU-Mitgliedstaaten, ein Waffenembargo gegen Syrien, den Jemen und Bahrain zu verhängen, den Druck zur Freilassung politischer Gefangener in Belarus zu erhöhen und die Vorwürfe des Organhandels im Kosovo zu untersuchen - dies sind nur einige Beispiele für die Vielzahl dringlicher Aufgaben europäischer Außenpolitik, die die Entschließungsanträge von Gabriele Albertini (EVP, Italien) und Roberto Gualtieri (S&D, Italien) als vorrangig einstufen. Die EU müsse Lehren aus der Vergangenheit ziehen und die Wahrung der Menschenrechte in Beziehungen zu Drittstaaten und bei internationalen Vereinbarungen in den Vordergrund rücken, etwa in den laufenden Verhandlungen mit Russland und Indien.

Ein ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat wird im Entschließungsantrag von María Muñoz de Urquiza (S&D, Spanien) gefordert, um die Rolle der EU in entscheidenden multilateralen Verhandlungen zu stärken. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in einer Abstimmung am 3. Mai einem erweiterten Status der EU zugestimmt. Sie räumt EU-Abgesandten das Rederecht, nicht jedoch das Abstimmungsrecht ein.

Debatte: Mittwoch, 11. Mai 2011

Abstimmung: Mittwoch, 11. Mai 2011

Verfahren: nichtlegislative Entschlüsse

Weitere Informationen:

- [Entschließungsantrag über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - Gabriele ALBERTINI](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Gabriele ALBERTINI \(EVP, IT\)](#)
- [Entschließungsantrag über die Verteidigungspolitik laut Lissabonvertrag - Roberto GUALTIERI](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Roberto GUALTIERI \(S&D, IT\)](#)
- [Pressemitteilung vom 13. April 2011 \(EN/FR\)](#)
- [Entschließungsantrag über die Rolle der EU in internationalen Organisationen - Maria MUNIZ](#)
- [Persönliche Daten der Berichtstatterin María MUÑIZ DE URQUIZA \(S&D, ES\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) - \(Albertini\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) - \(Gualtieri\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) - \(Muniz\)](#)

Plenartagung

EU-Haushaltsentlastung für 2009 - Polizeiakademie, Arzneimittelagentur und Ministerrat ausgenommen

Das Parlament wird vermutlich den Empfehlungen des Haushaltskontrollausschusses Folge leisten und die Entlastung des überwiegenden Teils der Haushaltsausgaben von 2009 vornehmen. Am Dienstag liegen dem Plenum 39 Berichte im Rahmen des so genannten „Entlastungsverfahrens“ zur Abstimmung vor. Einzig die Entlastung des Ministerrats, des Europäischen Polizei-Kollegs und der Europäischen Arzneimittelagentur könnten ausgestellt werden.

Das Europäische Parlament ist die Haushaltsentlastungsbehörde der EU. Einmal jährlich werden die Haushaltsausgaben einem abschließenden Audit unterzogen. Auf Basis der vom Ministerrat ausgesprochenen Empfehlung entscheidet das Parlament über die Haushaltsentlastung der Kommission und sämtlicher anderen EU-Institutionen für 2009. Die Kommission wird in diesem Verfahren von ihrer Verantwortung einer widmungsgemäßen Verwendung der vorgegebenen Haushaltsmittel entbunden. Dann erst gelten die Haushaltsoperationen für das entsprechende Jahr als abgeschlossen.

Europäisches Polizei-Kolleg CEPOL

Der Haushaltskontrollausschuss empfahl einstimmig, dass das Parlament dem Direktor des Europäischen Polizei-Collegs in Bramshill (Vereinigtes Königreich) aufgrund "fortwährender" Verstöße gegen die Finanzverordnung die Entlastung verweigern sollte. CEPOL war die einzige EU-Agentur, der 2008 die Haushaltsentlastung verweigert worden war.

Europäische Arzneimittelagentur

Ebenso empfehlen die Abgeordneten des Kontrollausschusses die Vorenthaltung der Haushaltsentlastung für die in London angesiedelte Europäische Arzneimittelagentur (EMA). Sie hatten den Eindruck gewonnen, dass die Unabhängigkeit der von der Agentur mit der wissenschaftlichen Evaluierung von in der Humanmedizin eingesetzten Arzneien beauftragten Experten nicht ausreichend gewährleistet wäre. Einige Abgeordnete äußerten den Verdacht, dass manche Experten aufgrund von Interessenkonflikten in der Beurteilung des Appetitzüglers Benfluorex befangen waren. Der Berichtsentwurf kritisiert das EMA-Management der Auftragsvergabe und fehlende Auswahlkriterien bei der Personaleinstellung.

Ministerrat

Einhellig sprach sich der Haushaltskontrollausschuss auch für eine Verschiebung der Haushaltsentlastung des Ministerrats auf den Herbst aus. Die Abgeordneten kritisierten die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Ministerrats bei der Bereitstellung von Informationen.

Haushalt des Parlaments

In Bezug auf den parlamentseigenen Haushalt legt Ville Itälä (EVP, Finnland) einen Berichtsentwurf vor, in dem das Parlament angehalten wird, angesichts "der aktuellen wirtschaftlichen Situation beispielhaft Ausgaben zu verringern". Neben anderen Sparmaßnahmen empfiehlt der Kontrollausschuss eine Verringerung der bei Ausschusssitzungen automatisch angebotenen Dolmetschdienste auf sechs Sprachen (Französisch, Deutsch, Englisch, Polnisch, Spanisch und Italienisch). Weitere Sprachen sollten nur auf entsprechende Anfrage der Abgeordneten angeboten werden.

Weitere Vorschläge betreffen Einschränkungen von Langstreckenfahrten mit Dienstfahrzeugen des Parlaments und spezielle Regeln, die Abgeordnete davon abhalten sollten, Familienmitglieder als parlamentarische Assistenten zu beschäftigen. Der Kontrollausschuss wird auch an Parlamentspräsident Buzek und an das EP-Verhandlungsteam der Haushaltsverhandlungen 2012 appellieren, das Problem der verschiedenen Arbeitsstätten des Parlaments mit dem EU-Rat zu erläutern, da die Mehrzahl der EP-Sitze geschätzte Kosten von rund 160 Millionen Euro – das sind 9 % des EP-Haushalts - jährlich verursacht.

Debatte: Dienstag, 10. Mai 2011

Plenartagung

Abstimmung: Dienstag, 10. Mai 2010

Verfahren: Haushaltsentlastung

Weitere Informationen:

- [Sämtliche Berichte zur Haushaltsentlastung](#)
- [Pressemitteilung Entlastung 2009 vom 28. März 2011 \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Jorgo CHATZIMARKAKIS \(ALDE, DE\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Haushaltskontrollausschuss \(EP und andere Institutionen\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Crescenzo RIVELLINI \(EVP, IT\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Ville ITÄLÄ \(EVP, FI\)](#)
- [Pressemitteilung Abstimmung im Ausschuss zur Entlastung der EU-Agenturen](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Giorgios STAVRAKAKIS \(S&D, EL\)](#)

Plenartagung

Parlament stimmt über Register für Lobbyisten und andere Interessenvertreter ab

Die Register von Parlament und Kommission für Lobbyisten und andere Interessengruppen werden zusammengelegt, sollten die Abgeordneten am Mittwoch der Einigung zustimmen, die beide Institutionen erzielt haben. Ebenfalls zur Abstimmung steht der Vorschlag, einen sog. "legislativen Fußabdruck" einzuführen, das heißt, die Kontakte von Abgeordneten mit Lobbyisten im Anhang ihrer legislativen Berichte aufzulisten. Zudem wird der Ministerrat aufgefordert, an dem Register teilzunehmen.

Das sogenannte "Transparenz-Register" würde die beiden bereits existierenden Register, eines des Parlaments und eines der Kommission, zu einem gemeinsamen Register zusammenführen. Dies haben beide Institutionen im November 2010 beschlossen. Der Änderung des Namens des Registers in "Transparenz-Register" - anstelle des ursprünglichen Namens "Lobbyisten-Register" - wird es etwa Denkfabriken ("think tanks") oder Organisationen, die Kirchen oder religiöse Gemeinschaften repräsentieren, leichter machen, dem Register beizutreten.

Obwohl zahlreiche Abgeordnete des Verfassungsausschusses eine verpflichtende Registrierung aller Lobbyisten in dem gemeinsamen Register gefordert hatten, sieht der nun zur Abstimmung stehende Text lediglich eine freiwillige Registrierung vor. Um eine Akkreditierung im Europäischen Parlament zu erhalten, bleibt eine Registrierung allerdings zwingend notwendig. Der vorliegende Text begrüßt zugleich die Tatsache, dass der Ministerrat angedeutet hat, dem Register beizutreten, obwohl er an den Verhandlungen nicht beteiligt war.

Darüber hinaus wird das Parlament über den Vorschlag abstimmen, im Annex von Berichten zu Gesetzestexten einen "legislativen Fußabdruck" hinzuzufügen. Darin würden alle Lobbyisten aufgeführt, mit denen ein Abgeordneter im Rahmen seiner Arbeit an einem Gesetz Kontakt hatte.

Schließlich fordert der zur Abstimmung stehende Text, dass die Abgeordneten ihre Erklärung der finanziellen Interessen, die jeder Abgeordnete abgeben muss, aktualisieren, sobald es hier zu Änderungen kommt.

Debatte: Dienstag, 10. Mai 2011

Abstimmung: Mittwoch, 11. Mai 2011

Verfahren: Interinstitutionelles Übereinkommen und Änderung der Geschäftsordnung des EP

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über ein gemeinsames Transparenz-Register](#)
- [Berichtsentwurf über die Änderung der Geschäftsordnung des EP - Gemeinsames Transparenz-Register](#)
- [Pressemitteilung nach Abstimmung im Verfassungsausschuss](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Carlo CASINI \(EVP, IT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) - Geschäftsordnung](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) - Transparenz Register](#)
- [Derzeitige Register von Parlament und Kommission](#)

Plenartagung

Funkfrequenzen: weitere Frequenzen für neue mobile Internetdienste

Zwei der wichtigsten Ziele des Programms für die Funkfrequenzpolitik sind die komplette Breitbandversorgung in der gesamten EU bis 2013 und ein universeller High-Speed-Internetzugang bis 2020. Die Abgeordneten unterstützen die neuen Regeln darüber, wie die Radiofrequenzen, die durch den Übergang vom analogen zum digitalen Fernsehen frei werden, dem mobilen Internet zugewiesen werden. Damit würde der Weg für eine 100% Internet-Breitbandanbindung auf dem Gebiet der EU geebnet.

Die Nachfrage nach mobilem Datenverkehr verdoppelt sich jedes Jahr. Für einen reibungslosen Ablauf der Dienste wie Videotelefonie, Mobiles TV, intelligente Stromnetze und Sendungsverfolgung ist drahtloses Breitband-Internet wichtig. Da hierfür zusätzliche Funkfrequenzen notwendig sind, muss Europa mehr Funkfrequenzen freisetzen.

Ein wettbewerbsfähiger digitaler Binnenmarkt mit fast 500 Millionen Menschen, die High-Speed-Breitband-Internet haben, würde auch die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit steigern sowie die europäische Telekommunikationsindustrie stärken, sagt Gunnar Hökmark (EVP, Schweden), der im Parlament für den Gesetzentwurf verantwortlich zeichnet.

Die EU-Abgeordneten unterstützen die Pläne der Kommission, nach denen die EU-Länder bis 1. Januar 2013 das 800-MHz-Frequenzband für die harmonisierte Nutzung von drahtlosen Breitbanddiensten verfügbar machen müssten. Dies würde den Weg für eine 100% Internet-Breitbandanbindung auf dem Gebiet der EU, einschließlich der abgelegenen und ländlichen Gebiete, ebnen. Somit würde die digitale Kluft, die immer noch zwischen den Bürgern der verschiedenen Regionen klafft, geschlossen.

Sollten die Mitgliedstaaten Probleme in der grenzüberschreitenden Frequenzkoordinierung mit benachbarten Drittstaaten haben, wollen die Abgeordneten ihnen gestatten, eine Verschiebung der Anwendung des Gesetzes bis Ende 2015 oder sogar noch länger zu beantragen. Die Europaparlamentarier wollen zudem, dass die Frequenzen für den Mobilfunkdatenverkehr bis 2015 mindestens 1200 MHz erreichen.

Debatte: Montag, 9. Mai 2011

Abstimmung: Dienstag, 10. Mai 2011

Verfahren: Mitentscheidung, Erste Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über das erste Programm für die Funkfrequenzpolitik vom 15. April 2011](#)
- [Pressemitteilung vom 12. April 2011 \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Gunnar HÖKMARK \(EVP, SE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Echtfell und -leder müssen auf dem Etikett ausgezeichnet werden

Sollten die EU-Abgeordneten am Donnerstag den neuen Regeln zur Etikettierung von Textilien zustimmen, so werden die Verbraucher künftig davor bewahrt werden, Echtfell oder -leder zu kaufen ohne dies zu wissen.

Felle werden oft als Besatz bei preisgünstigen Kleidungsstücken verwendet und für den Verbraucher ist es oft schwierig, zwischen echtem und künstlichem Fell von guter Qualität zu unterscheiden.

Das eigentliche Ziel der neuen Gesetzgebung war es, existierende Etikettierungsregeln zu vereinfachen und eine raschere Einführung von neuen Fasern und innovativen Produkten auf den Markt zu erlauben.

Jedoch haben die zuständigen Abgeordneten unter der Führung des Berichterstatters, Toine MANDERS (ALDE, Niederlande), in informellen Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten, wichtige Zugeständnisse erreicht, die eine Einigung in zweiter Lesung möglich machen. Unter anderem werden Allergiker von den neuen Regeln profitieren, da Echtfell eine mögliche Gefahrenquelle für ihre Gesundheit darstellen kann.

Jede Verwendung von tierischen Materialien muss künftig deutlich auf dem Etikett der Textilerzeugnisse angegeben werden. Textilien, die solche Produkte enthalten, müssen mit "nichttextile Teile tierischen Ursprungs" gekennzeichnet werden, so dass die Verbraucher die entsprechenden Informationen erhalten.

Außerdem wird auf Drängen des Parlaments eine Studie über mögliche Verbindungen zwischen allergischen Reaktionen und in Textilien verwendeten chemischen Stoffen, wie z. B. Farbstoffen, Bioziden oder Nanopartikeln, durchgeführt werden. Die Studie soll auch die Machbarkeit eines Ursprungskennzeichnungssystems, das eine lückenlose Rückverfolgbarkeit von Textilwaren sicherstellt, untersuchen. Die Europäische Kommission wird dies weiter prüfen, wie neue Technologien, wie zum Beispiel Mikro-Chips oder Funketiketten (Radiofrequenz-Identifikation) in der Zukunft anstelle der herkömmlichen Etiketten verwendet werden können.

Debatte: Dienstag, 10. Mai 2011

Abstimmung: Mittwoch, 11. Mai 2011

Verfahren: Mitentscheidung, Zweite Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über neue Regeln zur Etikettierung von Textilien](#)
- [Pressemitteilung vom 22. März 2011](#)
- [Pressemitteilung vom 20. April 2011](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Toine MANDERS \(ALDE, NL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Neue Gesetzesvorschläge für Klonen und "neuartige Lebensmittel" nötig

Die Abgeordneten fordern nachdrücklich neue gesetzliche Regelungen, um die Nutzung geklonter Tiere für die Nahrungsmittelproduktion zu verbieten und um die Gesetzgebung bezüglich "neuartiger Lebensmittel" zu aktualisieren. Grund hierfür ist das Scheitern der Verhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat zur Novellierung der Verordnung zu "neuartigen Lebensmitteln" im März.

Gianni PITTELLA (S&D, IT), Vizepräsident des EP, wird die Position des EP-Verhandlungsteams zum Scheitern der Gespräche erläutern und deutlich machen, welche Schritte die Abgeordneten in der nächsten Zeit erwarten.

Debatte: Mittwoch, 11. Mai 2011

Verfahren: Erklärung nach dem Scheitern des Vermittlungsverfahren

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung vom 29. März 2011 \(EN\)](#)
- [Fragen und Antworten zur Überarbeitung der Verordnung über "neuartige Lebensmittel" \(in EN\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Gianni PITTELLA \(S&D, IT\)](#)

Plenartagung

EP debattiert Hilfe für Portugal und weitere Regulierung des Bankensektors

Die Abgeordneten werden mit Ministerrat und Kommission über die Antwort der EU auf die derzeitige Schuldenkrise diskutieren. Im Mittelpunkt werden voraussichtlich die Finanzhilfe für Portugal sowie die daran geknüpften Bedingungen stehen. Zudem wird erwartet, dass die Abgeordneten die Notwendigkeit einer weiteren Regulierung des Bankensektors, insbesondere im Bereich Krisenmanagement und -lösung, ansprechen.

Aufgrund mehrerer mündlicher Anfragen an die Kommission findet am Dienstagabend eine spezifische Debatte zu Stresstests für Banken statt.

Debatte: Dienstag, 10. Mai 2011 (Stresstests) und Mittwoch, 11. Mai 2011 (Ecofin)

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission (Ecofin) und Mündliche Anfrage (Stresstests)

Plenartagung

Mehr Investitionen in Bildung und Mobilität der jungen Menschen gefordert

Die Abgeordneten verlangen höhere Mittel für EU-Programme, die Mobilität und Bildung junger Menschen fördern, sowie die EU-weite Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Die Finanzierung von Bildung und Mobilität für junge Menschen ist eine Investition in die Zukunft Europas und keine zusätzliche Belastung der Haushalte, auch in der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Lage, heißt es in einem nicht-legislativen Entschließungsentwurf.

In dem von Milan Zver (EVP, Slowenien) vorgelegten Entschließungsentwurf werden die Lockerung der Universitätsstundenpläne für berufstätige Studierende, die Popularisierung von Bildung via Internet sowie die Annäherung der Lehrpläne an die Arbeitsmarktsbedürfnisse gefordert. Die Abgeordneten wollen auch rechtsverbindliche EU-Rechte für prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Praktika, um "Praktikanten vor Ausbeutung" zu schützen.

Behinderte Jugendliche, junge Eltern und Bildungsrückkehrer sollten zusätzliche Unterstützung erhalten, so die Abgeordneten. Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen in der Hochschulbildung sollten ebenfalls angegangen werden.

Die EU-Parlamentarier heben zudem die Bedeutung der frühkindlichen Bildung und Betreuung hervor. Idealerweise sollten alle Eltern und Kinder, unabhängig von ihrem Hintergrund oder ihren finanziellen Verhältnissen, Zugang zum selben frühkindlichen Förderungs- und Betreuungsangebot haben, so in dem von Mary Honeyball (S&D, Vereinigtes Königreich) vorgelegten Entschließungsentwurf. Die Mitgliedstaaten werden ferner aufgefordert, die Einführung eines verpflichtenden Kindergartenjahres vor Schulantritt zu erwägen.

Debatte: Donnerstag, 12. Mai 2011

Abstimmung: Donnerstag, 12. Mai 2011

Verfahren: Nichtbindende Resolution

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über Jugend in Bewegung](#)
- [Pressemitteilung vom 13. April 2011 \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Milan ZVER \(EVP, SL\)](#)
- [Berichtsentwurf über frühkindliche Bildung in der EU](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Mary HONEYBALL \(S&D, UK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) - Jugend in Bewegung](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) - Frühkindliche Bildung](#)

Plenartagung

Einfrieren und Offenlegen von Schuldnervermögen in grenzüberschreitenden Fällen

Um den grenzübergreifenden Forderungseinzug für Gläubiger zu erleichtern und damit den Handel über Grenzen hinweg in der EU zu fördern, werden die Abgeordneten neue Gesetzesvorschläge von der Kommission fordern, die das Einfrieren und die Offenlegung von Schuldnervermögen ermöglichen.

Abgeordnete des Justizausschusses fordern die Europäische Kommission auf, Verordnungsvorschläge für eine Europäische Anordnung zur Vermögenserhaltung (EAVE) und eine Europäische Anordnung zur Offenlegung von Vermögenswerten (EAOV) vorzulegen. Laut detailliertem Berichtsentwurf der britischen Abgeordneten Arlene McCarthy (S&D) sollten sie nur in Fällen mit grenzüberschreitendem Bezug zur Anwendung kommen.

Die Europäische Kommission hat das Parlament bereits in Kenntnis darüber gesetzt, dass sie im Juli 2011 einen Gesetzesentwurf zum Einfrieren von Schuldnervermögen vorzulegen plant. Die Vorstellung eines Gesetzesentwurfs zur Offenlegung entsprechender Vermögenswerte soll 2013 folgen.

Abstimmung: Dienstag, 10. Mai 2011

Verfahren: Legislative EntschlieÙung aufgrund eines Initiativberichts

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(12.04.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Arlene McCARTHY \(S&D, UK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Geschäftsordnung des EP, Artikel 42 betreffend legislative EntschlieÙungen](#)

Plenartagung

Risiken einer höheren Antibiotika-Resistenz bei Nutz- und Haustieren

Wie kann verhindert werden, dass es bei Tieren zu einem Anstieg von Antibiotika-Resistenz kommt und damit Behandlungen fehlschlagen? Dieses Thema wird am Mittwochabend mit der Kommission diskutiert. In einem am Donnerstag abzustimmenden Resolutionsentwurf schlagen die Abgeordneten vor, die Forschungsanstrengungen zu steigern und die Auswirkungen von Antibiotika sowohl auf Nutz- als auch Haustiere besser zu überwachen.

Debatte: Mittwoch, 11. Mai 2011

Abstimmung: Donnerstag, 12. Mai 2011

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission mit Resolution

Plenartagung

25 Jahre nach Tschernobyl steht die nukleare Sicherheit im Brennpunkt

In den vergangenen Wochen hat sich der tragische Unfall von Tschernobyl zum 25. Mal ge­jährt und es wurde versucht, die Situation in Fukushima zu stabilisieren. Am Mittwoch werden die Abgeordneten der Opfer gedenken und anstehende Maßnahmen zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit besprechen.

Die EU hat soeben weitere Mittel für Sicherungsarbeiten in Tschernobyl zugesagt. Das Augenmerk richtet sich nun auf die Durchführung der "Stresstests" aller Kernkraftwerke in der EU und möglicherweise auch in benachbarten Gebieten.

Debatte: Dienstag, 10. Mai 2011

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission (ohne Entschlie­ßung)

Plenartagung

Giftmüllexporte der EU stoppen

Abgeordnete aus allen Fraktionen wollen wissen, welche Maßnahmen getroffen werden, um die Vorschriften über die Ausfuhr giftiger Abfälle in Entwicklungsländer durchzusetzen und zu verbessern. Große Mengen gefährlicher Abfälle der EU werden illegal in Länder mit laxen Sicherheits- und Verarbeitungsstandards exportiert.

Nach Schätzungen der Kommission verstoßen 19 % der Abfallverbringungen gegen die EU-Verordnung aus dem Jahr 2006.

Debatte: Dienstag, 10. Mai 2011

Verfahren: Mündliche Anfragen an die Kommission

Weitere Informationen:

- [Mündliche Anfrage im Namen der Fraktionen EVP, ALDE, EKR und Grüne](#)
- [Mündliche Anfrage im Namen der VEL/NGL-Fraktion](#)
- [EU-Verordnung zur Verbringung von Abfällen \(1013/2006\)](#)

Plenartagung

Parlament unterstützt weltweite Maßnahmen zur Bekämpfung illegalen Fischfangs

Die EU-Abgeordneten werden am Dienstag über die europäische Ratifizierung eines internationalen Abkommens zur Bekämpfung illegaler, unregistrierter und unangemeldeter Fischerei abstimmen.

Sollte das Parlament die Empfehlung seines Fischereiausschusses unterstützen, so wird die EU die dritte Partei sein, die das Abkommen ratifiziert. Damit das Übereinkommen, das unter der Ägide der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) steht, in Kraft treten kann, bedarf es der Unterzeichnung von 25 Parteien.

Alle Hafenstaaten bzw. Organe, wie z.B. die EU, die das Abkommen ratifizieren, werden den neuen Regeln unterliegen. Die Regeln werden für alle Häfen gelten und auch für Schiffe gelten, die nicht unter der Flagge des Staates fahren, in dessen Hafen sie einlaufen und den sie benutzen wollen.

Der Maßnahmenkatalog beinhaltet unter anderen die Verweigerung des Zugangs zum Hafen oder die der Nutzung des Hafens. Auch Inspektionen an Bord von und der Informationsaustausch über Schiffe, die illegalen, unangemeldeten und unregistrierten Fischfangs verdächtig werden, sind vorgesehen.

Debatte: Keine Debatte

Abstimmung: Dienstag, 10. Mai 2011

Verfahren: Zustimmung

Weitere Informationen:

- [Textentwurf der legislativen Entschließung](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(12.04.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Carmen FRAGA ESTÉVEZ \(EVP, ES\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Mauretanien-Fischereiabkommen: Nachhaltigkeit und bessere Verwendung von EU-Mitteln

Im Vorfeld der Verhandlungen mit Mauretanien über die Erneuerung des Fischereiabkommens zwischen der EU und Mauretanien heben die Europaparlamentarier die entscheidende Bedeutung von Nachhaltigkeit, finanzieller Unterstützung für die Entwicklung der Infrastruktur in Mauretanien, um die lokale Wirtschaft anzukurbeln und einer besseren Koordinierung der EU-Mittel hervor.

Vom derzeitigen Abkommen, das zum 1. August 2012 ausläuft, sind Schiffe aus Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Litauen, Lettland, den Niederlanden, Polen, Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich betroffen. Die Verhandlungen über ein neues Abkommen werden im Juni dieses Jahres aufgenommen. Nach seiner Fertigstellung muss das EU-Parlament dem Abkommen zustimmen, damit es in Kraft treten kann.

Debatte: Montag, 9. Mai 2011

Abstimmung: Donnerstag, 12. Mai 2011

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission (mit Entschließung)

Weitere Informationen:

- [Mündliche Anfrage an die Kommission, 15. Februar 2011](#)
- [Gegenwärtiges Protokoll](#)
- [Verordnung über den Abschluss des gegenwärtig in Kraft befindlichen Protokolls](#)

Plenartagung

Abstimmung über Immunität der Abgeordneten De Magistris und Gollnisch

Die Abgeordneten werden am Dienstag über zwei Anträge auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität abstimmen. Der Rechtsausschuss schlägt vor, die Immunität von Luigi de Magistris (ALDE, Italien), der wegen Verleumdung verklagt wird, zu verteidigen. Im Bezug auf Bruno Gollnisch (NI, Frankreich) empfiehlt der Rechtsausschuss die Aufhebung der Immunität. In seinem Fall wurde eine Untersuchung infolge einer Klage wegen angeblicher Aufstachelung zum Rassenhass eingeleitet.

Debatte: ohne Debatte

Abstimmung: Dienstag, 10. Mai 2011

Verfahren: Immunitätsverfahren

Weitere Informationen:

- [Die Berichtsentwürfe werden hier verfügbar sein.](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Bernhard RAPKAY \(S&D, DE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Luigi DE MAGISTRIS \(ALDE, IT\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Bruno Gollnisch \(Fraktionslos, FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(De Magistris\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(Gollnisch\)](#)

Plenartagung

Weitere Punkte auf der Tagesordnung

- Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps
Bericht: Pascal Canfin (A7-0055/2011)
- Innovationsunion: Europa umgestalten für eine Welt nach der Krise
Bericht: Judith A. Merkies (A7-0162/2011)
- Übergangsregelung für bilaterale Investitionsabkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern
Bericht: Carl Schlyter (A7-0148/2011)
- Sofortige autonome Handelspräferenzen für Pakistan
Bericht: Vital Moreira (A7-0069/2011)
- Freihandelsabkommen mit Indien
Anfrage zur mündlichen Beantwortung
Vital Moreira (O-000059/2011 - B7-0214/2011)
- Handelsbeziehungen EU-Kanada
Anfrage zur mündlichen Beantwortung
Vital Moreira (O-000053/2011 - B7-0213/2011)
- Handelsbeziehungen EU-Japan
Anfrage zur mündlichen Beantwortung
Daniel Caspary, Jarosław Leszek Wałęsa, Syed Kamall, Robert Sturdy, Jan Zahradil, Niccolò Rinaldi, Metin Kazak, Marielle De Sarnez, Emilio Menéndez del Valle, David Martin, Vital Moreira (O-000088/2011 - B7-0220/2011)
- Weitere Makrofinanzhilfe für Georgien
Bericht: Vital Moreira (A7-0053/2011)
- Gewerbsmäßiger grenzüberschreitender Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen Mitgliedstaaten der Euro-Zone
Bericht: Sophie Auconie (A7-0076/2011)
- Überprüfung des "Small Business Act"
Anfragen zur mündlichen Beantwortung
Bendt Bendtsen, Edit Herczog, Fiona Hall, Reinhard Bütikofer, Giles Chichester, Niki Tzavela (O-000089/2011 - B7-0301/2011)